

# Volksschülern wird Gymnasium-Turnhalle verweigert

**Beckum (gl). Die Ratssitzungen der 20er-Jahre unterscheiden sich, was Kontroversen angeht, kaum von den heutigen. Seinerzeit gab es das so genannte Zweikammersystem in den Gemeinden, was den Sozialdemokraten ein Dorn im Auge war. Da war der Magistrat mit dem Bürgermeister Fehling an der Spitze als ausführendes und die Stadtverordneten mit ihrem Vorsteher als beschließendes Organ.**

Im Jahr 1921 gab der Fabrikant Franz Schomacker - angeblich wegen Arbeitsüberlastung, offensichtlich jedoch aufgrund erheblicher Meinungsverschiedenheiten - sein Mandat als Ratsvorste-

her zurück. Für ihn wurde der Abgeordnete Severin gewählt.

Die Kontroversen hatten sich an den Einstellungsmodalitäten zum neuen Leiter des Elektrizitätswerkes entzündet. Wie der Verordnete Katzer seinerzeit behauptete, hintertrieb der Magistrat die Beschlüsse des Rates. Er forderte eine Ratssitzung an Sylvester 1921, die jedoch von den Verordneten der Zentrumsparlei boykottiert wurde, so dass man beschlussunfähig war. In einer öffentlichen Protestversammlung der sozialdemokratischen Fraktion am 7. Januar wurde daraufhin „gegen fünf protestierende Stimmen eine Resolution angenommen, in der der sozialde-

mokratischen Fraktion das Vertrauen ausgesprochen und dem Magistrat durch seine Maßnahmen in letzter Zeit das Vertrauen der Stadt Beckum versagt wird“.

Zur Begründung hatte Katzer neben der E-Werks Angelegenheit angeführt, dass der stellvertretende Schlachthausverwalter gegen den Willen des Rates seines Postens enthoben worden sei. Hinzu komme, dass Bürgermeister Fehling sich über den gesetzlich angeordneten Acht-Stundentag hinwegsetze, indem er Beamte über 18 Uhr hinaus beschäftige. Außerdem hätten der Magistrat und das Kuratorium des Gymnasiums abgelehnt, die Turnhalle dem Turn- und Sport-

verein sowie den Volksschulen zur Verfügung zu stellen. Angeblich weil die Volksschüler mit ihren genagelten Schuhen den Linoleumbelag der Halle beschädigten.

Als wahren Grund vermutete Katzer, dass man die Arbeiterkinder nicht im Gymnasium haben wolle, weil man befürchte, „die Räume könnten später nach den Proletariern riechen“. Im Schlusswort betonte Katzer, dass man nach all diesen Vorgängen dem Magistrat das größte Misstrauen entgegen bringen müsse und forderte die Abschaffung des Zweikammersystems, das nicht mehr in die Zeit passe.

In der Ratssitzung vom 11. Janu-

ar verwarf sich der Stadtverordnete Meier gegen die Behauptungen Katzers und Bürgermeister Fehling wiederlegt die „unrichtigen Behauptungen und Unterstellungen“ Katzers und spricht der „Protestversammlung“ das Recht ab, für die gesamte Stadt und für die Zentrumsfraktion zu sprechen.

Außerdem bestreitet er, dass Beamte länger als acht Stunden am Tag im Dienst seien, und bei der Vergabe von Arbeitsplätzen die Parteizugehörigkeiten keine Rolle.

Das besagte Zweikammersystem wurde 1933 durch die Deutsche Gemeindeordnung abgeschafft. **Hugo Schürbüscher**

31/12.04